

RÜCKKEHR **NACH** SERBIEN **UND** NORDMAZEDONIEN

reintegration.**NET**



Monitoringreise nach Serbien und Nordmazedonien: Einblicke in die Reintegration vor Ort



gefördert durch

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Vom 5. bis 8. Oktober 2026 reisten drei Mitarbeitende des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI) gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Micado Migration gGmbH nach Serbien und Nordmazedonien. Organisiert wurde die Reise von den Projektpartnern Caritas Serbien und der Stiftung Mazedonische Caritas. Ziel war es, sich vor Ort ein Bild von der Umsetzung des Projekts und von den Reintegrationsverläufen der Zurückgekehrten zu machen. Das Projekt wird vom MKJFGFI gefördert und richtet sich an Rückkehrinteressierte im Bundesgebiet als auch an bereits Zurückgekehrte im Zielland. Rückkehrberatungsstellen in ganz Deutschland unterstützen hierbei durch individuelle Betreuung.

Begegnungen mit Zurückgekehrten

In Belgrad, Niš und Skopje besuchte die Delegation die Beratungsstellen der Projektpartner und traf insgesamt elf Zurückgekehrte, teilweise gemeinsam mit Familienangehörigen. Die Gespräche fanden in den Räumen der Caritas oder bei den Zurückgekehrten zu Hause statt. Unter ihnen waren Menschen, die freiwillig zurückgekehrt sind, ebenso wie Menschen, die abgeschoben wurden.

Die Begegnungen haben gezeigt, wie komplex und vielfältig die Herausforderungen nach der Rückkehr sind. Vor besonderen Schwierigkeiten stehen Menschen, die



nahezu ihr gesamtes Leben in Deutschland verbracht hatten, bevor sie abgeschoben wurden. Manche von ihnen sprechen die Landessprache kaum oder gar nicht und haben vor Ort kein soziales Netz, das sie bei der Reintegration unterstützen könnte. Hinzu kommt, dass insbesondere Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma teilweise in Lebensverhältnisse zurückkehren, in denen selbst grundlegende Bedürfnisse nicht gedeckt sind und etwa der Zugang zu Wasser oder Strom fehlt. Zugleich waren auch ermutigende Reintegrationsverläufe Bestandteil der Monitoringreise, etwa die Begegnung mit einer Person, die nach ihrer Rückkehr erfolgreich medizinisch behandelt wurde und eine Krebserkrankung überstanden hat.

Dokumente als Schlüssel zu sozialen Rechten

In vielen Gesprächen wurde deutlich, wie zentral die Unterstützung der Beratungsstellen bei der Beschaffung notwendiger Dokumente ist. Häufig fehlen internationale Geburtsurkunden, in Serbien teilweise auch persönliche Ausweisdokumente, etwa wenn die Eltern ursprünglich aus dem Kosovo stammen. Ein Teil der Zurückgekehrten hat zudem keine serbische Staatsangehörigkeit. Für sie gilt es als Erstes, einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen, bevor weitere Reintegrationschritte eingeleitet werden können. Von diesen persönlichen Dokumenten hängt in beiden Ländern der Zugang zu Krankenversicherung, Sozialhilfe und Kindergeld ebenso ab wie der Zugang zum Arbeitsmarkt oder die Anmeldung an einer Schule. Die Begleitung durch die Beratungsstellen ist deshalb oft der entscheidende erste Schritt, damit die Zurückgekehrten ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen können.

Austausch zur Roma-Inklusion in Skopje

In Skopje traf die Delegation Shaban Salii, ehemals Minister ohne Geschäftsbereich und seit August 2026 Nationaler Koordinator für die Strategie zur Inklusion der Roma 2022–2030, sowie Ajdogan Demiri, Berater des Ministerpräsidenten für Roma-Fragen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Roma-Strategie der nordmazedonischen Regierung. Zu ihrer Umsetzung wurde eine ressortübergreifende Kommission eingerichtet, in

der verschiedene Fachministerien gemeinsam Aktionspläne zur Verbesserung der Lebenssituation von Angehörigen der Minderheit der Sinti und Roma erarbeiten. Die Gesprächspartner stellten der Delegation den aktuellen Aktionsplan vor.



Der nationale Aktionsplan umfasst Maßnahmen in Bereichen wie Bildung, Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit und Kultur, aber auch zur Personenstandsregistrierung und zur Bekämpfung von Antiziganismus. Hinzu kommen etablierte Instrumente wie Bildungsmediation an Grundschulen, Stipendien für Jugendliche aus Roma-Familien an weiterführenden Schulen und Roma-Informationszentren. Die Europäische Kommission bescheinigte Nordmazedonien in ihrem Bericht 2025 zufriedenstellende Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie.

Ausblick

Der offene und konstruktive Austausch in Skopje hat gezeigt, wie wertvoll der direkte Dialog mit den politischen Verantwortlichen im Zielland ist. Das Projekt möchte daran anknüpfen und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in Nordmazedonien weiter stärken, damit Zurückgekehrte möglichst frühzeitig von bestehenden Unterstützungsangeboten profitieren können.

Für die Rückkehrberatung in Deutschland unterstreicht die Reise, wie wichtig eine frühzeitige Vorbereitung ist. Wo immer möglich, sollte bereits vor der Ausreise geklärt werden, welche Dokumente vorliegen und welche noch beschafft werden müssen. Beratungsstellen aus

ganz Deutschland können sich mit Fragen zur Rückkehr nach Serbien oder Nordmazedonien an das Projekt wenden.

Das Projektteam dankt dem MKJFGFI für die Förderung des Projekts und das große Interesse an der Arbeit vor Ort. Ein besonderer Dank gilt den Zurückgekehrten und ihren Familien, die offen von ihren Erfahrungen berichtet und die Delegation teilweise bei sich zu Hause empfangen haben.

